

Die Zeit Hamburg v. 03.07.2014 S. 3 / ;

Ein durchsichtiger Plan

Schluss mit Geheimniskrämerei: Wie zwei Hamburger den Beamten der Stadt Offenheit beibringen

Die zwei würde man hier nicht suchen, nicht in diesem abweisen- den Gebäude an der Drehbahn 36 beim Gänsemarkt, in dessen Innerem einen gekachelte Wände, steinerne Bänke und ein Pförtner hinter Glas empfangen. Nein, diese zwei Dynamiker würde man eher in einem Bürohochhaus aus Glas vermuten, wo die globalisierte Elite die Geschicke der Welt lenkt - und nicht in der Hamburger Justizbehörde, wo schon um 15 Uhr Gestalten zur Stechuhr schlurfen, um ihren Feierabend einzustecken.

Und trotzdem arbeiten sie hier, die beiden Handlanger der Revolution. In einem unscheinbaren Büro unter dem Dach haben sie ihre Laptops aufgeklappt, um dem Journalisten zu präsentieren, was sie so tun. Ihre Augen leuchten vor Erwartung. Der 36-jährige Informatiker André Basten, Anzug und randlose Brille, und der 43-jährige Jurist Asmus Maatsch, Anzug, Krawatte und Hipsterbrille, sind stolz darauf, bei einer der größten Zeitenwenden in Deutschlands Verwaltung eine wichtige Rolle zu spielen. Es geht um den Abschied vom Amtsgeheimnis. Es geht um eine Verwaltung, die ihre Informationen von sich aus der Öffentlichkeit zugänglich macht. Man nennt das Veröffentlichungspflicht.

Ja, da haben sich die Hamburger Behörden etwas Großes vorgenommen, besser gesagt: Die Bürger haben der Verwaltung gesagt, sie solle sich etwas Großes vornehmen. Von sich aus wäre man auf diese Idee wohl nie gekommen. Anfang 2012 startete der Verein Mehr Demokratie! zusammen mit dem Chaos Computer Club und Transparency International unter dem Motto "Transparenz schafft Vertrauen" eine Bürgerinitiative. Das Debakel um die Finanzierung der Elbphilharmonie hatte das Fass zum Überlau-

fen gebracht. Schnell wurde klar, dass das Volksbegehren die nötigen 15 000 Stimmen bekommen würde. Der allein regierenden SPD wurde angst und bange, weil der Volksentscheid wohl mit der Bundestagswahl 2013 zusammengefallen und eine Steilvorlage gewesen wäre für die Piratenpartei, die damals sehr im Schwange war. Zudem hatte die Stadt in Sachen Volksgesetzgebung schon einige leidvolle Erfahrungen gemacht. Also umarmte man in der Not seinen Feind - und suchte das Gespräch mit den Initianten. Am 13. Juni 2012 wurde das Hamburgische Transparenzgesetz, das bloß 18 Paragraphen umfasst, in einem Schnellverfahren von der Bürgerschaft beschlossen. Schon am 6. Oktober trat es in Kraft.

Nun muss die Verwaltung transparent werden. Das ist nicht so einfach, wie es klingt. Es geht um Psychologie, es geht um Technik, und es geht um Macht, andere sagen: um Machtverlust. Es sind Menschen wie Asmus Maatsch, André Basten oder auch der Ausbilder Jürgen Wulff, die den Beamten helfen wollen, die Zeichen der Zeit zu lernen.

Aber es gibt auch etwas zu gewinnen. Denn mit dem Transparenzgesetz ist die Freie und Hansestadt in Sachen Offenheit der Behörden führend in Europa. Vorbilder findet man nur im Ausland, in den USA oder Skandinavien. Der Hamburger hat nun also die Möglichkeit, zu kontrollieren, was die Mächtigen tun. Am 6. Oktober dieses Jahres muss das sogenannte Informationsregister online gehen, so befiehlt es der Gesetzestext. Darin werden zum Beispiel alle Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft, das Baumkataster, Verträge der Daseinsvorsorge, behördliche Organisations- und Aktenpläne, amtliche Statistiken, Gutachten, Geodaten, Baugenehmigungen, Subventio-

nen, Zuwendungen und vieles mehr publiziert - und zwar ohne dass jemand danach gefragt hat. Nur personenbezogene Daten und Betriebs- sowie Geschäftsgeheimnisse werden grundsätzlich geschwärzt. Das ist schon ein "großes Ding", wie das Transparenzgesetz in der Verwaltung genannt wird.

Dementsprechend preist der SPD-Senat heute das, was er zähneknirschend hinnehmen musste. Der Hamburger solle dank dieses Gesetzes mit der Verwaltung der Hansestadt "auf Augenhöhe" verkehren können, die Bürger würden dadurch "stärker an der Gestaltung des Gemeinwesens" beteiligt.

Diese hehren Ziele haben also nun die Herren Basten und Maatsch an der Drehbahn 36 umzusetzen. Sie verantworten als Projektleiter beziehungsweise stellvertretender Projektleiter die Revolution, für die ihnen die Politik 24 Monate lang Zeit eingeräumt hat. Und dieser Wandel wird in einem Team mit nur zehn Vollzeitbeschäftigten realisiert, die Kosten sind mit 5,2 Millionen Euro angesichts der Aufgaben bescheiden. "Das ist wahrlich kein 9 to 5- Job, wir alle identifizieren uns schon sehr mit diesem Projekt", sagt André Basten.

Gut erinnert sich Basten an den Moment, als er den Vertretern aller Behörden zum ersten Mal sagte, was auf sie zukomme. Einer platzte mit dem Satz heraus: "Das ist aber jetzt nicht euer Ernst?"

Man weiß nicht mehr genau, wer die Antwort gab, aber sie fiel ziemlich harsch aus: "Das ist ein Gesetz, und es geht nicht darum, ob wir es gut finden. Wir müssen es einfach umsetzen." Da war erst mal Ruhe im Karton. Und Basten dachte: Kommt das wirklich gut? Wird die Verwaltung bei diesem "enormen Kulturwandel" mitmachen?

Ein sonniger Dienstagmorgen, 8.30 Uhr, Zentrum für Aus- und Fortbildung der Stadt Hamburg, Normannenweg 26, der Blick aus dem Sitzungszimmer geht auf das silbrig glänzende Wasser des Mittelkanals. 15 Führungskräfte aus der Verwaltung schnappen sich einen Kaffee und ein Namensschild, um dann im Rund Platz zu nehmen. Es ist nicht die erste Schulung, die der freiberuflich tätige Dozent Jürgen Wulff zum Transparenzgesetz durchführt. Deshalb weiß er, wie wichtig dieser Satz ist, den er einleitend sagt: "Meine Damen und Herren, es handelt sich hier wieder einmal um eine Veränderung, eine der vielen, denen die Stadt ausgesetzt ist. Das weckt Ängste, Ängste, die ich Ihnen heute nehmen will." Dann lässt er den Beamer drei Zitate an die Wand werfen. Das erste ist aus dem Jahre 1838, vom preußischen Innenminister Gustav von Rochow: "Es ziemt dem Untertanen (...) nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünnem Übermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen."

Das zweite Zitat ist 40 Jahre alt und stammt vom Bundesverfassungsgericht: "Es bedarf keiner näheren Begründung, dass die öffentliche Verwaltung nur dann rechtsstaatlich einwandfrei, zuverlässig und unparteiisch arbeiten kann, wenn sichergestellt ist, dass über die dienstlichen Vorgänge von Seiten der Behördenbediensteten nach außen grundsätzlich Still-schweigen bewahrt wird."

Und dann ein Zitat aus einem aktuellen Zeitungsartikel: "Hamburg öffnet den Aktenschrank." Die Schulungsteilnehmer lesen still.

In der Vorstellungsrunde wird schnell klar, dass Wulff den richtigen Ton getroffen hat, indem er den Führungskräften vor Augen führt, an welchem historischen Moment sie beteiligt sind. Die meisten sind gekommen, um zu verstehen, was sie denn genau in dieses Informationsregister stellen sollen: "Städtebau-

che Verträge werden ja alle eingestellt. Aber was soll ich schwärzen? Die Bürgschaften? Die Vertragsstrafen?"

Wulff sagt: Nicht schwärzen.

Eine Mitarbeiterin der Senatskanzlei möchte sich rückversichern, dass sie bei ihrer Arbeit vom Transparenzgesetz nur am Rande betroffen sein wird. Wulff sagt, dass sie recht hat. Die Frau lehnt sich im Stuhl zurück.

Einer aus Bergedorf sagt: "Es ist ein Riesensubjekt um dieses Thema, ich möchte meinen Mitarbeitern endlich ihre Verunsicherung nehmen können." Wulff beruhigt.

Aber dann erhebt eine ältere Frau ihre Stimme: "Ich habe in all den Jahrzehnten so viele Bürger am Telefon gehabt, die in der Verwaltung nicht fanden, was sie suchten. Es ist doch gut, dass es nun eine zentrale Stelle geben wird, wo sie alles finden können." Das Nicken in der Runde ist fast einhellig. Der Tag ist gerettet. Jürgen Wulff hat seine Pflicht getan, die Skepsis zu mildern. Und das ist schon mehr, als man erwarten konnte.

Grundlage für diesen Erfolg war wohl, dass man sich das Prinzip dessen, was man umsetzt, zu eigen gemacht hat: Transparenz. Jedes Sitzungsprotokoll der Projektgruppe wurde im Intranet veröffentlicht, jeder Schritt, jede Entscheidung erklärt. Bislang gingen 1700 Führungskräfte und Sachbearbeiter durch Schulungen wie diejenige von Jürgen Wulff, auf 120 Veranstaltungen wurde informiert. Und trotzdem kann niemand ausschließen, dass der eine oder andere Sachbearbeiter sich immer noch verweigert, indem er gewisse Informationen nicht ins Informationsregister stellt.

Nein, man soll sich nichts vormachen, die Transparenz ist kein Allheilmittel gegen Klüngelei und Korruption. Sie kann auch dazu führen, dass heikle Vorgänge einfach nicht mehr schriftlich dokumentiert werden.

Technisch gesehen jedenfalls ist die Revolution auf bestem Wege.

Das ist erstaunlich, weil es der Gesetzgeber denjenigen, die es umzusetzen haben, nicht einfach gemacht hat. Für eine genaue Prüfung, welche Informationen genau unter das Transparenzgesetz fallen, war in der Eile wenig Zeit. "Wir mussten erst mal rausfinden, was dieses Gesetz genau bedeutet. Welche Stellen außerhalb der Kernverwaltung müssen wir einbeziehen? Wann liegt ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis vor? Welche personenbezogenen Daten sind zu schwärzen? Wir konnten ja mit dem Start der technischen und organisatorischen Umsetzung nicht bis zu einer abschließenden rechtlichen Klärung warten", sagt Asmus Maatsch.

Dem Satz des Juristen, der früher als Richter am Landgericht gearbeitet hat, ist das Erstaunen anzumerken, dass die Politik ins Blaue hinein ein Gesetz erlassen hat.

Aus dem "großen Ding" hätte finanziell auch leicht ein Unding werden können, aber man hatte auch Glück. So hat die Version von Adobe Reader, die auf allen Rechnern der Verwaltung installiert ist, schon eine Funktion, die zu schwärzende Bereiche markieren kann. Zudem fand das Projektteam für die Datenplattform eine kostenlose Software namens ckan. Ohne die wären die technischen Kosten explodiert. "Ja, das waren günstige Umstände. Genauso wichtig ist aber, dass uns der Kulturwandel glückt", sagt André Basten.

Ein Ziel bleibt Basten und Maatsch nun aber auch noch, das größte: die Skeptiker da draußen davon zu überzeugen, dass sie etwas Gutes getan haben. Der Satz des Präses der Handelskammer, der dem Informationsregister prophezeite, "ein Datenfriedhof" zu werden, dieser Satz hat sie gewürmt. "Das Informationsregister soll für jeden einfach zu bedienen, die Dokumente sollen leicht zu finden sein. Wissen Sie, das ist für uns eine Frage der Ehre", sagt Asmus Maatsch.

Am 31. Dezember 2014, wenn das Projekt beendet sein wird, wollen die beiden stillen Helden der Transpa-

renz die Drehbahn 36 unbedingt mit dem Gefühl verlassen, der Stadt und ihren Bürgern geholfen zu haben.

VON PEER TEUWSEN

TransparenzgesetzDas Hamburgische Transparenzgesetz ist die radikalste Regelung ihrer Art in Deutschland: Von Oktober 2014 an müssen Behörden alle relevanten Vorgänge von sich aus im Internet veröffent-

lichen. Das gilt auch für Verträge von Wirtschaftsunternehmen, an denen die Stadt eine Mehrheitsbeteiligung hält. Manche fürchten deshalb bereits Wettbewerbsnachteile.

© 2014 PMG Presse-Monitor GmbH

